

Außerdem ist eine Einsichtnahme in die Planunterlagen im Bürgerbüro der Stadtverwaltung zu den entsprechenden Öffnungszeiten möglich.

Zu den Planunterlagen können während der Auslegungsfrist von jedermann Bedenken und Anregungen zu den geänderten Planteilen schriftlich oder mündlich zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgemäß abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben.

Prof. Dr. L. Ungerer, Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung

2. Änderungssatzung der Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen (Bekanntmachungssatzung)

Auf der Grundlage des § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) vom 18. März 2003 (Sächsisches Gesetz und Verordnungsblatt vom 31.03.2003, S. 55 ff) und der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Form der öffentlichen Bekanntmachungen (Kommunale Bekanntmachungsverordnung-KommBekVO) vom 19.12.1997 (Sächsisches Gesetz und Verordnungsblatt vom 31.01.1998, S. 19 ff) beschließt der Stadtrat der Stadt Meerane in seiner Sitzung am 27.09.05 folgende Änderungssatzung:

§ 1

Öffentliche Bekanntmachungen

(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Meerane erfolgen, soweit keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen bestehen, durch Abdruck im Amtsblatt der Stadt, das die Bezeichnung „Meeraner Zeitung“ mit dem Amtsblatt der Stadt Meerane trägt.

(4) Das Amtsblatt erscheint regelmäßig einmal monatlich und wird an alle Meeraner Haushalte kostenlos verteilt.

§ 3

Ersatzbekanntmachungen

Zeit, Ort und Tagesordnung öffentlicher Sitzungen des Stadtrates und dessen Ausschüsse sind vom Bürgermeister unter Einhaltung der Frist von drei Tagen in den Schaukästen an der Stadtverwaltung am Lörracher Platz und in der August-Bebel-Straße am Alten Rathaus bekannt zu machen.

§ 4

Inkrafttreten

Die Satzung tritt in ihrer 2. geänderten Fassung am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Meerane, 4.10.2005

Prof. Dr. L. Ungerer, Bürgermeister

Öffentliche Bekanntmachung

Polizeiverordnung der Stadt Meerane zum Schutz vor bestimmten Verhaltensweisen in oder auf öffentlichen Straßen, Anlagen und Einrichtungen vom 27.09.2005

Aufgrund von § 9 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und § 17 des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen (SächsPolG)

In der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1999 (SächsGVBl. S. 466), das zuletzt durch Artikel 45 des Gesetzes vom 5. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 148) geändert worden ist, erlässt die Stadt Meerane nach Beschluss des Stadtrates vom 27.09.2005 folgende Polizeiverordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Die Polizeiverordnung gilt für öffentliche Straßen, Anlagen und Einrichtungen in dem Gebiet der Stadt Meerane.

§ 2

Begriffsbestimmungen

(1) Öffentliche Straßen im Sinne dieser Polizeiverordnung sind alle Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind oder auf denen ein tatsächlicher öffentlicher Verkehr stattfindet. Hierzu gehören insbesondere Fahrbahnen, Randstreifen, Rad- und Gehwege, Brücken, Tunnel, Fußgängerunterführungen, Durchlässe, Treppen, Passagen, Marktplätze, Parkplätze, Haltestellen, Haltestellenbuchten, Böschungen, Stützmauern, Lärmschutzanlagen und Gräben.

(2) Öffentliche Anlagen im Sinne dieser Polizeiverordnung sind der Öffentlichkeit zugängliche gärtnerisch gestaltete Anlagen oder sonstige Grünanlagen, die der Erholung der Bevölkerung oder der Gestaltung des Orts- oder Landschaftsbildes dienen, sowie Kinderspielflächen, Sport- und Bolzplätze.

(3) Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Polizeiverordnung sind in öffentlichen Bereichen befindliche Brunnen, Wasserbecken, Gewässer, Wartehäuschen, Telefonzellen, Sitzgelegenheiten, Spielgeräte sowie Abfall- und Wertstoffbehälter.

§ 3

Verbotenes Verhalten

In oder auf öffentlichen Straßen, Anlagen und Einrichtungen ist verboten:

1. aufdringliches oder aggressives Betteln, beispielsweise durch hartnäckiges Ansprechen, durch körperliches Bedrängen oder in deutlich alkoholisiertem Zustand, sowie erhebliches Belästigen anderer Personen durch ein aufdringliches oder aggressives Verhalten,

2. der Genuss von Alkohol, wenn bereits dieser aufgrund konkreter Vorgänge unmittelbar erwarten lässt, dass andere Personen erheblich belästigt werden, beispielsweise durch aufdringliches oder aggressives Verhalten,

3. Zerschlagen von Flaschen oder anderen Gegenständen,

4. Liegenlassen, Wegwerfen oder Ablagern von Gegenständen außerhalb der dafür zur Verfügung gestellten Behältnisse,

5. Nächtigen, wenn dadurch andere Personen erheblich belästigt werden,

6. Verrichten der Notdurft.

§ 4

Zulassung von Ausnahmen

Von den Verboten nach § 3 Nr. 3 und 5 können von der Ortpolizeibehörde Ausnahmen zugelassen werden, sofern ein überwiegendes öffentliches Interesse nicht entgegensteht (z. B. Polterabend oder besondere öffentliche

Veranstaltungen). Die Zulassung kann mit Auflagen und Bedingungen versehen werden.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 17 Abs. 1 SächsPolG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 Nr. 1 aufdringlich oder aggressiv bettelt oder andere Personen durch aufdringliches oder aggressives Verhalten erheblich belästigt,

2. entgegen § 3 Nr. 2 Alkohol zu sich nimmt, wenn bereits dies aufgrund konkreter Vorgänge unmittelbar erwarten lässt, dass andere Personen erheblich belästigt werden, beispielsweise durch aufdringliches oder aggressives Verhalten,

3. entgegen § 3 Nr. 3 Flaschen oder andere Gegenstände zerschlägt,

4. entgegen § 3 Nr. 4 Gegenstände liegen lässt, wegwirft oder ablagert,

5. entgegen § 3 Nr. 5 nächtigt, wenn dadurch andere Personen erheblich belästigt werden,

6. entgegen § 3 Nr. 6 die Notdurft verrichtet. Dies gilt nicht, soweit nach § 4 Ausnahmen zugelassen sind.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von mindestens 5 Euro und höchstens 1.000 Euro, bei fahrlässiger Zuwiderhandlung mit höchstens 500 Euro geahndet werden.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Meerane, den 28.09.2005

Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister

Das Bürgerbüro informiert

Änderung passrechtlicher Vorschriften

Wir möchten den Meeraner Bürgerinnen und Bürgern mitteilen, dass am 1. November 2005 die Verordnung zur Änderung passrechtlicher Vorschriften in Kraft tritt. Darin ist geregelt, dass zum gleichen Datum die Gesichtsbio-metrie in Reisepässen eingeführt wird, d.h., diese neuen deutschen EU-Biometrie-Pässe enthalten einen Chip, in dem das Gesichtsbild gespeichert ist.

Die neuen Pässe sind bei Reisen in die USA erforderlich. Sicherlich werden auch weitere Staaten zukünftig diese Pässe bei der Einreise verlangen. Hierbei ist zu beachten, dass hinsichtlich der Passbilder neue Anforderungen gestellt werden. Das einzureichende Bild muss frontal aufgenommen werden. Ein 10 Jahre gültiger Pass wird 59,00 € kosten. Bereits ausgegebene Pässe werden auch nach dem 1. November 2005 ihre bis zu 10-jährige Gültigkeit behalten.

Möchten Sie weitere Informationen beziehungsweise Hinweise, setzen Sie sich bitte mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Verbindung. Die Öffnungszeiten des Bürgerbüros im Neuen Rathaus, Tel. 03764 / 540: Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr, Samstag 9 bis 11 Uhr.